

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 27 für den Wahlkreis 4 Sommer / Herbst 2014

Rekommunalisierung - ein Gewinn für alle, statt Profite für wenige!



Die SPD stärkt die öffentliche Hand im Bereich der Daseinsvorsorge und sorgt dafür, dass Gemeinwohlorientierung wieder an die Stelle von Gewinnmaximierung tritt.

Es ist nicht lange her, dass Deregulierung und Privatisierung noch als Allheilmittel für eine verbesserte Leistungserbringung auch elementar wichtiger staatlicher Aufgaben propagiert wurden. Doch spätestens seit der Weltwirtschaftskrise ab 2007 und deren verheerenden Folgen für viele Staaten, wurde zunehmend erkannt, dass sich die Versprechungen einer umfassenden Marktliberalisierung nicht erfüllen: Insbesondere Bereiche wie das Bildungswesen, der Verkehr, der Gesundheitssektor oder die Energie- und Wasserversorgung mit ihrer großen Bedeutung für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger, sollten nicht allein gemäß der Marktlogik organisiert werden.

Dank der SPD hat das Land Berlin nach Jahren der Privatisierung eine klare Umkehr vollzogen und führt nun entschlossen die Rekommunalisierung wichtiger Aufgaben durch.

Als ersten Schritt hatte das Land die Berliner Wasserbetriebe von den Unternehmen RWE und Veolia zurückgekauft. Durch das Engagement des Landes entfielen die staatlich garantierten Gewinne für die privaten Eigner und es wurden Senkungen der Frischwasserpreise für die Verbraucher um 15 % möglich.

Ausgehend von dieser ersten erfolgreichen Maßnahme hat das Abgeordnetenhaus die Einrichtung eines eigenen Berliner Stadtwerkes beschlossen.

Zugleich hat sich das landeseigene Unternehmen Berlin Energie um die Konzession für das Gasnetz beworben und sich in einem transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren bei der Vergabestelle des Landes durchgesetzt. Wie schon beim Wasser wird die Übernahme des Gasnetzes zu sinkenden Preisen für die Verbraucher führen und die Erlöse aus dem Netzbetrieb bleiben in Berlin und nutzen den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt.

Fortschritte bei der Rekommunalisierung muss die SPD jedoch leider gegenüber einem in dieser Frage immer wieder lavierenden Koalitionspartner durchsetzen. Insbesondere spielte der CDU-Justizsenator Thomas Heilmann im Rahmen der Berliner Bewerbung um die Gasnetze eine dubiose Rolle. Schon bei der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe wollte Heilmann um jeden Preis Veolia als wirtschaftlich bestimmenden Gesellschafter halten. Nun äußert er Zweifel an der Rechtsgültigkeit des Verfahrens zur Konzessionsvergabe beim Gasnetz an das landeseigene Unternehmen Berlin-Energie. Wessen Interessen vertritt dieser Senator des Landes Berlin eigentlich? Jedenfalls konnte er an ihn gerichtete Fragen einer möglichen Befangenheit aufgrund geschäftlicher Verquickungen mit der GASAG, dem Konkurrenzunternehmen im Bewerbungsverfahren um die Gasnetze, nicht ausräumen.

Die Berliner SPD jedoch wird weiter die Rekommunalisierung vorantreiben: Als nächstes muss es darum gehen, bei der Neuausschreibung auch das Stromnetz durch das Land Berlin zu übernehmen und damit dann den gesamten Netzbetrieb in den Bereichen Wasser und Energie an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten.

Ihr Wahlkreisabgeordneter

Frank Jahnke

Die Liegenschaftspolitik des Bundes ändern!

Vor kurzem ging es durch die Medien: Der Bund, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, kurz BIMA, verkauft Miethäuser in Schöneberg – meistbietend. Es wurde ein Verkehrswert ermittelt, der nun erzielt werden soll.

Das Problem dabei: Ein Erwerb lohnt sich bei dem geforderten Preis nur, wenn entweder die Mieten drastisch (nach Luxussanierung) angehoben oder die Wohnungen entmietet und einzeln wieder verkauft werden. Jedenfalls hat die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAG, die interessiert war und mit der BIMA über einen Erwerb sprach, bei dem aufgerufenen Preis abgewunken.

Nun arbeiten in der BIMA nicht etwa böse Geister. Vielmehr untersteht die BIMA dem Bundesfinanzministerium, es gibt ein gesondertes BIMA-Gesetz und die Bundeshaushaltsordnung. Alle machen der BIMA Vorschriften – und die laufen auf eine Forderung hinaus: Besorgt möglichst viel Geld für den Haushalt! Dass dabei alle Bemühungen um bezahlbare Mieten, um Stabilisierung der Kieze und um eine soziale Stadt unterlaufen und konterkariert werden, ist aus dieser Perspektive erstmal herzlich egal. Und, wenn ich das auch sagen darf, diese Denke kann man ja nicht nur Akteuren auf der Bundesebene vorwerfen. In Berlin ist sie nur zu gut bekannt.

Dabei ist es natürlich richtig, dass das öffentliche Vermögen nicht irgendwie verschleudert werden darf. Doch es sollte eben auch nach Kriterien des gesellschaftlichen Nutzens damit umgegangen werden, anstatt dass der Bund quasi Spekulationsgewinne abgreift. Eigentum verpflichtet – das sollte doch für die öffentliche

Hand zuallererst gelten!

Als Mitglied des Haushaltsausschusses habe ich diese Thematik nun angesprochen. Gemeinsam mit meinen Berliner Genossinnen und Genossen versuche ich, eine Änderung der Liegenschaftspolitik zu erreichen. Dafür sehe ich drei Leitlinien, die wir in konkrete Vorgaben fassen sollten:

1. Vor einem Verkauf des Bundes muss geprüft werden, ob der Verkauf überhaupt sinnvoll und nötig ist.
2. Wenn eine Immobilie verkauft werden soll, muss zunächst die jeweilige Kommune oder das Bundesland gefragt werden, inwieweit Interesse an dem Erwerb besteht.
3. Sollte dies der Fall sein, muss der Bund der Kommune im Preis entgegenkommen können (ohne reichen Kommunen etwas hinterherzuwerfen...)

Sollte an einen Privaten verkauft werden, müssen die Interessen von Mietern und Nachbarschaft durch entsprechende vertragliche Klauseln gesichert werden.

Das ist sicher noch nicht abschließend – und darüber muss auch im Einzelnen genau nachgedacht werden. Wichtig ist aber, dass wir von der SPD-Bundestagsfraktion aus endlich diese überfällige Debatte anstoßen. Ob wir in dieser Legislaturperiode und in dieser Koalition da weiterkommen, steht dahin...aber anpacken will ich es!

*Swen Schulz, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses*



Gesamtdeutsche Bewegungen vor 1989

Am 4. November 2014, um 19.30 Uhr laden wir ein zur Eröffnung der Ausstellung zum Thema „Gesamtdeutsche Bewegungen vor 1989“ mit **Frank Jahnke** (MdA), **Ehrhart Körting** (Senator a.D.), und **Martin Gutzeit** (Gründungsmitglied der SDP 1989 - angefragt).

Weitere Diskussionen sind geplant.

Als Reaktion auf die letzte Ausgabe von Vor Ort hat ein Genosse gefragt, wozu noch zurückblicken, haben wir nicht genug Probleme heute?

Sicher hat er Recht. Aber die Entwicklung in Deutschland ist bis heute entscheidend bestimmt von dem Fall der Mauer, dem Sturz der Bürokratie und der Wiedervereinigung. Es geht also nicht um Geschichte. Als SozialdemokratInnen sind wir 1989 dafür eingetreten, dass wir ein Deutschland der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie in einem Europa des Friedens verwirklichen wollen

Und wie sieht die Realität heute aus? So wird zum Beispiel niemand heute behaupten, dass die soziale Einheit Deutschlands schon erreicht wurde.

Damit aber stellt sich aktuell die Notwendigkeit, aufzuarbeiten, welche politischen Perspektiven vor 1989 vor allem in der Arbeiterbewegung – in Ost wie West – entwickelt und diskutiert wurden. Der Fall der Mauer hat sich lange vorher angekündigt und ist

nicht einfach vom Himmel gefallen oder um es mit Helmut Kohl's Worten zu sagen, ein „Gottesgeschenk“.

Und es ist eine Tatsache, dass mit der Vereinigung Deutschland für die Westmächte zwingend die Integration ganz Deutschlands in die Nato und das Europa der EU verbunden war, was weitreichende Konsequenzen hat.

Mit der Einigung Deutschlands wurden die Grundlagen für die heutigen politischen und sozialen Verhältnisse gelegt. Die Aufarbeitung der Vorstellungen und der politischen Aktivitäten der Gesamtdeutschen Bewegungen vor 1989 soll uns helfen, die heutigen Entwicklungen besser zu verstehen.

Wir freuen uns, auf weitere Beiträge zu dieser Diskussion.

Gotthard Krupp

Goethe
fünfzehn 15

Durch einen tragischen Unfall wurde unser Freund und Kollege

Sönke Reyels

* 11. November 1971 † 1. August 2014

mitten aus einem aktiven und kreativen Leben gerissen.

Er wird uns mit seinen Ideen,
seiner Tatkraft und seinem freundlichen Wesen fehlen.
Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Das Team aus der Goethe15,

Frank Jahnke, MdA, Eli Bräuer, Yves Clairmont, Ansgar Salzwedel

Die Lärmbelastung in Hauptverkehrsstraßen muss weiter abgesenkt werden!

Saubere Luft und weniger Lärm sind wichtige Ziele sozialdemokratischer Verkehrspolitik. Vor allem der Kraftfahrzeugverkehr verursacht in Charlottenburg-Wilmersdorf die höchsten Lärmbelastungen.

Besonders verlärmte Wohngebiete in Charlottenburg finden sich rund um den Klausenerplatz, Sophie-Charlotte-Platz, Holtzendorffstraße, Lewishamstraße, Uhlandstraße, Lietzenburger Straße, Bismarckstraße, Kantstraße, Suarezstraße, Kaiser-Friedrich-Straße und Leibnizstraße. Viele Bürger haben aber auch das Glück, dank der eingeführten Tempo-30-Zonen in „Ruheinseln“ mit hoher Wohnqualität zu wohnen. Probleme haben die Anwohner vieler Hauptverkehrsstraßen.

Warum ist es wichtig, dass Lärmüberschreitungen abgebaut werden?

Das Umweltbundesamt hat 61 internationale Lärmwirkungsstudien ausgewertet. Diese zeigen, dass durch Straßenverkehrslärm oberhalb eines Wertes von 65 db(A) [„Dezibel“] tagsüber die Beanspruchung des Herz-Kreislaufsystems deutlich ansteigt. Damit steigt das Risiko, an Bluthochdruck oder Durchblutungsstörungen des Herzens zu erkranken oder einem Herzinfarkt zu erleiden, besonders bei nächtlichen Belastungen. Das Umweltbundesamt schätzt, dass in Deutschland jährlich 4.000 Herzinfarkte allein auf den Straßenverkehrslärm zurückzuführen sind.

Welche Maßnahmen müssen zur Lärminderung ergriffen werden?

Die SPD Abgeordnetenhaus-Fraktion hatte im Koalitionsvertrag verankert, dass die Senatsumweltverwaltung einen **Lärmaktionsplan** mit einem umzusetzenden Maßnahmenkatalog erarbeitet. Der Entwurf liegt nun vor und kann auch im Internet eingesehen wer-

den. Er sieht einen Katalog vieler Maßnahmen vor, die sich kurz-, mittel- oder langfristig realisieren lassen. Hier eine Auswahl von drei wichtigen Maßnahmen:

Besonders wirkungsvoll und kostengünstig ist die **Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h auf lärmbelasteten Hauptverkehrsstraßen**. Außerdem treten bei Tempo-30-Reglungen positive Synergie-Effekte ein: Die Verkehrssicherheit und die Luftqualität verbessern sich.

In der letzten Legislaturperiode hatte die SPD-geführte Verkehrsverwaltung auch gegen den Druck der „Auto-Lobby“ und der CDU durchgesetzt, dass innerstädtisch 268 km des Hauptverkehrsstraßennetzes (nachts oder auch tagsüber) auf Tempo 30 begrenzt wird. Diese Maßnahmen waren keine Schikane gegen die Autofahrer, wie von der CDU besonders in unserem Bezirk immer wieder behauptet wird. Damit Tempo 30 rechtskonform ist, wurde in jedem Fall eine sorgfältige Einzelprüfung vorgenommen und nachgewiesen, dass durch Tempo 30 eine wirksame Lärminderung für die Bevölkerung erzielt wird. Insgesamt ist es seit 2008 durch Lärminderungsmaßnahmen in der Berliner Innenstadt gelungen, die Anzahl der lärmbeeinträchtigten Anwohner um insgesamt 40.000 Personen zu verringern.

Wir begrüßen den Vorschlag der Senatsumweltverwaltung, dass der Prüfprozess für die Einführung stadtverträglicher Geschwindigkeiten in weiteren Abschnitten von Hauptverkehrsstraßen mit hohen Lärmbelastungen fortgesetzt wird.

Wegen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Senats und der Bezirke können viele Maßnahmen nur in kleinen Schritten umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Maßnahme

„**Fahrbahnsanierung**“. Die Beseitigung von Schlaglöchern mindert die Lärmbelastung. Neue technische Verfahren mit „lärmoptimierten Asphalt“ können die Lärminderung verstärken. Mit dem Konjunkturprogramm II des damaligen SPD Bundesverkehrsministers Tiefensee standen erstmals Finanzmittel zur Lärminderung kommunaler Straßen auch für unseren Bezirk zur Verfügung.

Unser Bezirk ist wie alle deutschen Kommunen aufgrund der zur Verfügung stehenden Einnahmen nicht in der Lage aus eigener Kraft, das Straßennetz flächendeckend zu sanieren. Deswegen fordert die SPD zusammen mit dem Deutschen Städte- tag, dass der Bundesverkehrsminister nach dem Vorbild der Schweiz die LKW-Maut auf das gesamte Straßennetz ausdehnt, und die Länder und Kommunen an den Einnahmen beteiligt werden. Auch in den Städten ist es der Schwerlastverkehr, der Hauptverursacher am Verschleiß der Straßen und Brücken ist. Ein Lkw mit einer Achslast von 40 Tonnen verursacht aus physikalischen Gründen einen Verschleiß, der dem Verschleiß von etwa 10.000 Pkw entspricht. Deswegen ist die Pkw-Maut nicht sinnvoll. Wir fordern die Ausdehnung der Lkw-Maut,

Es gibt auch weitere Lärminderungsmaßnahmen, die in unserem Bezirk erprobt wurden. In der **Brandenburgischen Straße** in Wilmersdorf, einer Straße mit überbreiter Fahrbahn wurden in einem **Pilotprojekt** mit wissenschaftlichen Begleituntersuchung die Auswirkungen einer Umgestaltung der Fahrbahnaufteilung untersucht. Durch einen Radverkehrsstreifen wurde der **Abstand zwischen den Häuserfronten und der Fahrbahn vergrößert**. Das Ergebnis: Der Kfz-Verkehrsfluss wurde nicht behindert, die Lärmemission wurde abgesenkt und die Verkehrssicherheit erhöht.

Strat. Lärmkarte L_DEN (Tag-Abend-Nacht-Index) Straßenverkehr 2007 (UA)




PDF erstellt am: 17.08.2014

Strategische Lärmkarte L_DEN (Tag-Abend-Nacht-Lärmindex) Straßenverkehr

L_DEN in dB(A)	
<= 55	
>55 - 60	
>60 - 65	
>65 - 70	
>70 - 75	
>75	

 Hauptstraßennetz

Die Aussagen der Karte beziehen sich auf ein Raster von 10m*10m; für eine gebäudescharfe Betrachtung sollte die ergänzende Karte "Fassadenpegel an Wohngebäuden im Einwirkungsbereich von Hauptlärmquellen" genutzt werden.

 Zur Darstellung der Raster-Einzelwerte aller farbigen Raster ist bei einem kleinen Kartenausschnitt die Abfrage im Auswahlrechteck eher geeignet als die Einzelabfrage.

Auch solche Maßnahmen sollten in lärmbelasteten Straßen mit breitem Querschnitt umgesetzt werden. Die SPD wird im Bezirksparlament und im Abgeordnetenhaus die Umsetzung des neuen Lärmaktionsplanes der Umweltverwaltung für die Verbesserung der Wohnqualität und der Gesundheit der Anwohner kontrollieren.

Dr. Jürgen Murach, Bezirksverordneter



Veranstaltungen mit Swen Schulz

kenhaus Havelhöhe, Pfarrer Christian Moest, Gitta Neumann, Humanistischer Verband und Franz Müntefering. Ort: Kulturzentrum gemischtes, Sandstr. 41, 13591 Berlin. Anmeldung und Infos unter Tel.-Nr.: 227 70 187.

Mittwoch, den 17.09.2014, 15.00-17.00 Uhr, Bürgersprechstunde mit Swen Schulz, MdB bei Frank Jahnke, MdA, Goethestr. 15, 10625 Berlin. Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Mittwoch, den 17.09.2014, 19.00 Uhr, „Vorratsdatenspeicherung – Wie geht es weiter?“, Fraktion vor Ort mit Swen Schulz und der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Eva Högl. Ort: BASE_camp, Mittelstraße 51-53, 10117 Berlin. Anmeldung und Infos unter Tel.-Nr.: 227 70 187

Dienstag, den 23.09.2014, 19.00 Uhr, „Würdiges Sterben“, Diskussion über Sterbehilfe und Sterbebegleitung mit Swen Schulz, Cansel Kiziltepe, Dr.med. Thomas Jehser, Oberarzt Palliativstation Gemeinschaftskran-

Mittwoch, den 08. 10. 2014, 19.00 Uhr "Gute Arbeit, Gute Rente". Fraktion vor Ort mit Swen Schulz und Gabriele Lösekrug-Möller, Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, zu aktuellen arbeits- und sozialpolitischen Themen. Ort: AWO Spandau, Grimnitzstr. 6 C, 13595 Berlin. Anmeldungen und Infos unter Tel.-Nr. 030 227 70 187.

Dienstag, den 21.10.2014, 15-17.00 Uhr, Bürgersprechstunde, Swen Schulz, MdB gemeinsam mit Frédéric Verrycken, MdA Taurogger Str. 45, 10589 Berlin. Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Dienstag, den 18.11.2014, ganztägig, „Politische Tagesfahrt“ u.a mit dem Besuch des Deutschen Bundestages und einem Gespräch mit Swen Schulz. Interessenten melden sich bitte unter Tel.-Nr. 227 70187.

Die Juristin: Jutta Limbach

Jutta Limbachs Großmutter Elfriede Ryneck saß im Januar 1919 für die SPD in der Weimarer Nationalversammlung und wurde ein Jahr später Mitglied des Reichstages.

Elfriedes Sohn Erich Ryneck, ebenfalls Sozialdemokrat, verlor nach Hitlers Machtübernahme schnell seinen Arbeitsplatz. Am 27. März 1934 kam seine Tochter Jutta zur Welt. Nach dem Krieg wurde Erich Ryneck, Bezirksbürgermeister von Pankow-Heinersdorf, protestierte in dieser Zeit jedoch gegen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und ging kurze Zeit später in den amerikanischen Sektor, wo Jutta nunmehr bis zum Abitur 1953 das Goethe-Gymnasium besuchte.

Auf den Rat eines Freundes hin begann sie 1954 an der Freien Universität Berlin ihr Jurastudium. 1958 machte sie das erste, 1962 das zweite Staatsexamen. Im selben Jahr trat sie der SPD bei. Sie wurde an der FU wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Professor Hirsch und heiratete 1964 den Studienfreund Peter Limbach. Mit ihm bekam sie bis 1969 drei Kinder: Caroline, Daniel und Benjamin.

1966 wurde Jutta Limbach zum Thema „Theorie und Wirklichkeit der GmbH“ promoviert. Weil ihr Mann im Bundesinnenministerium zu arbeiten begann, zog die Familie nach Bonn, doch 1971 habilitierte Jutta Limbach und nahm einen Ruf zur Professorin für Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Freien Universität Berlin an. Sie wurde damit die erste Rechtsprofessorin an der FU. Ihre Familie sah sie in dieser Zeit oft nur an den Wochenenden.

Von 1987 bis 1989 gehörte sie dem Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an.

Als im Januar 1989 der Diepgen-Senat abgewählt wurde und Walter Momper eine rot-grüne Landesregierung bildete, wurde Limbach Justizsenatorin. In dieser Funktion begleitete sie den Prozess der Wende und Einheit, das Zusammengehen der beiden Berliner

Teile – eine Mammutaufgabe. Während in den neuen Bundesländern die Richter bis zur Überprüfung ihrer Urteile im Amt blieben, entschied Limbach, alle Ostberliner Richter zu suspendieren und nur diejenigen wieder zu berufen, welche keine politischen Urteile gefällt hatten.

Limbach blieb auch nach den ersten Wahlen zum gesamtberliner Abgeordnetenhaus im Dezember 1990 in dem von Diepgen geführten Senat im Amt. Unter ihrer Ägide wurde die fast 800 Seiten dicke Anklageschrift gegen Erich Honecker verfasst.

Doch 1993 wurde Jutta Limbach zur Richterin am Bundesverfassungsgericht gewählt, übernahm den Vorsitz des zweiten Senats und wurde zugleich Vizepräsidentin des Gerichts; ein halbes Jahr später – nach der Wahl Roman Herzogs zum Bundespräsidenten – Präsidentin.

In ihre Amtszeit fielen wichtige Entscheidungen wie die über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, das Kruzifix in Klassenzimmern sowie kurz vor ihrem Ausscheiden das Aussetzen des ersten NPD-Verbotsverfahrens. Limbach führte die die Urteile erläuternden Pressemitteilungen ein, was das Ansehen des Bundesverfassungsgerichts zu heben half.

Doch damit war der Berufsweg der vielfachen Ehrendoktorin nicht zu Ende. Sie übernahm 2002 bis 2008 die Präsidentschaft des Goetheinstituts, des bedeutendsten deutschen Kulturinstituts. Auch dies war ein Zeichen parteiübergreifender Wertschätzung. In diesem Jahr wurde die Sozialdemokratin und Juristin Jutta Limbach, die ihrer Großmutter alle Ehre machte, achtzig Jahre alt.



Wussten Sie schon? An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung

informieren: Heute: Fasanenstraße

Ab 1867 alter Name **Gravelottestraße**, seit 14.11.1901 in Fasanenstraße benannt nach dem von Friedrich dem Großen 1775 im Hopfenbruch angelegten königlichen „Fasanerie-Gehege und –Garten“, der 1841 nach Potsdam verlegt wurde. Auf dem nördlichen Teil wurde ab 1842 mit der Anlage des Zoologischen Gartens begonnen. Die Fasanenstraße beginnt an der Müller-Breslau-Straße und führt über die Hardenbergstraße, Kantstraße, Kurfürstendamm, Lietzenburger Straße und Fasanenplatz bis zum Hohenzollerndamm.

Als Baudenkmale geschützt sind:

Nr. 1 Hochschule für Musik (heute Universität der Künste Berlin) der Altbau 1898-1902 von Heinrich Kayser und Karl von Großheim,

Nr. 13 Künstlerhaus St. Lukas 1889-1890 von Bernhard Sehring,

Nr.15 Mietshaus 1891 von Wilhelm Prescher jun.,

Nr.23 Villa 1889-1890 von Becker & Schlüter,

Nr. 25 Einfamilienhaus 1891-1892 von Hans Otto Griesebach,

Nr.26 Einfamilienhaus 1891-1892 von Wilhelm Martens,

Nr. 35 Villa 1890 von Heinrich Kayser und Karl von Großheim,

Nr.39 Stadthaus 1902-1903 von Hans Otto Griesebach,

Nr. 70+71 Mietshäuser 1898-1899 von Samuel Fritz Goldmann,

Nr.73 Mietshaus 1898-1899 von Paul Lingner,

Nr.78 Villa Ilse 1872-1874 von Sobotta,

Nr.79+80 Jüdisches Gemeindehaus 1957-1959 von Dietrich Knoblauch und Heinz Heise.

Gedenktafeln befinden sich an folgenden Häusern:

Nr. 1 für Joseph **Joachim**, Gründer der Musikschule;

Nr. 28 für Ulrich von **Hassell**, Widerstandskämpfer (1881-1944);

Nr.58 für Rudolf **Breitscheid** er lebte hier von 1904-1932;

Nr. 68 für Tajana **Gsovsky**, Tanzpädagogin lebte hier ab 1931;

Nr. 69 für Asta **Nielsen**, dänische Schauspielerin; Recha **Freier**, Gründerin der „Jugend Alijah“; Josef **Schmidt**, Richard **Tauber**, Sänger und Heinrich **Stahl** und Otto **Hirsch**, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde.

Stolpersteine befinden sich vor folgenden Häusern:

Nr. 22 für **Schubert** Frieda JG. 1883 und Margarete JG. 1894.

Nr. 37 für **Zobel** Julius JG. 1903, **Falkmann** Bertha JG. 1877, Harry JG. 1906, Manfred JG. 1931 und Sella geb. Zobel JG. 1906,

Nr. 41 für **Böhm** Georg JG. 1870, **Altmann** Hugo JG. 1869 und Margarete geb. Lippmann JG. 1880, **Lüpschütz** Margarete JG. 1880, **Rosenzweig** Grete geb. Stahl JG. 1888, **Seligberger** Sarah geb. Wolff JG. 1885 und Sigmund JG. 1875.

Nr. 42 für **Zweig** Auguste geb. Emanuel JG. 1858, **Ehrlich**-Ernst JG. 1901 und Hans JG. 1905, **Cohn** Lucie geb. Abraham JG. 1887 und Markus JG. 1869, **Brauer** Meta JG. 1894, **Gräupner** Meta geb. Leschnitzer JG. 1883, **Rothenberg** Marianne geb. Cohn JG. 1873.

Nr. 43 für **Becken** Erna geb. Marcuse JG. 1890, **Jarecki** Martha JG. 1881.

Nr. 54 für **Josephy** Edith geb. Zimmt JG. 1898 und Franz JG. 1893.

Nr. 55 für **Levinsky** Elise JG. 1897, **Seidel** Rudi JG. 1929.

Nr. 57 für **Caro** Lotte JG. 1895.

Nr. 58 für **Behrend** Katharina JG. 1868 und Hermine JG. 1871, **Rosenhain** Gabriele JG. 1865, **Perlin** Margarete geb. Lessing JG. 1882, **Silberstein** Hedwig geb. Brasch JG. 1871, **Becher** Eva JG. 1905.

Nr. 59 für **Schlesinger** Richard B. JG. 1872 und Marthageb. Salomon JG. 1872, **Drucker** Salo Siegfried JG. 1885 und Liesbeth geb. Sachs JG. 1884, **Cohn** Sophie JG. 1883 und Julius Daniel JG. 1889, **Grünstein** Henriette geb. Simon- Zillgit JG. 1886, **Plaut** Elisabeth Lilly geb. Adler JG. 1874, **Rawikowitsch** Simon JG. 1880.

Nr. 60 für **Konicki** Helene geb. Königsberger JG. 1873, **Soldin** Albertine geb. Levy JG. 1869, **Zucker** Adolf JG. 1868, **Baruch** Ludwig JG. 1904, **Gulko** Slata geb. Riskus JG. 1898 und Jacob JG. 1898, **Lachmann** Martha JG. 1904, **Silbermann** Gerhard Max JG. 1913 und Josef JG. 1878.

Nr. 71 für **Arnsdorff** Edith JG. 1886.

Sprechstunde: Frank Jahnke

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Siehe: www.frank-jahnke.de,

oder Aushang im Wahlkreisbüro; Goethestr. 15 sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Tel./Fax: 030-313 88 82

bzw. per E-Mail:

frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;
Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;
Joachim Wagner, Gotthard Krupp; Heike Stock
V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 15; 10623 Berlin

Anzeige:

LAVANDEVIL



Restaurant
&
Kneipe

Tel.: 030 / 342 92 80 • Fax: 030 / 342 52 87
Schustehrusstraße 3 • 10585 Berlin
direkt am U-Bhf Richard-Wagner-Platz